



IG BAU Duisburg-Niederrhein warnt vor steigender Altersarmut für Frauen



Trübe Aussichten im Rentenalter. Da viele Frauen über Jahre hinweg nur in Teilzeit- oder Mini-Job gearbeitet haben, sind sie besonders von Altersarmut bedroht, warnt die IG BAU. (Foto: IG BAU)

Studie: 159100 Frauen in Duisburg und am Niederrhein in „atypischer Beschäftigung“

Unsichere Jobs sind meist Frauensache: In Duisburg und am Niederrhein arbeiteten Ende letzten Jahres rund 159100 Frauen in Teilzeit, Mini-Job oder Leiharbeit. In ganz NRW waren demnach knapp 2,5 Millionen Frauen atypisch beschäftigt. Das teilt die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) mit und warnt zugleich vor einer zunehmenden Altersarmut für Frauen: „Prekäre Jobs führen zu niedrigeren Rentenansprüchen.“ Dabei seien Zeiten der Schwangerschaft oder Kindererziehung noch nicht einmal berücksichtigt.

„Wenn Politik und Wirtschaft nichts unternehmen, dann werden Frauen bei der Rente immer öfter zu Verliererinnen“, sagt Friedhelm Bierkant, Bezirkschef der IG BAU Duisburg-Niederrhein. Besonders besorgniserregend sei der Trend, dass Teilzeit immer mehr zum Normalarbeitsverhältnis für Frauen werde. So gab es nach Angaben der Bökler-Studie in Duisburg und am Niederrhein zuletzt 79749 Teilzeit-Arbeiterinnen. Demgegenüber haben Ende letzten Jahres nur 17660 Männer in Teilzeit gearbeitet. Außerdem waren mit insgesamt 74738 Mini-Jobberinnen aller geringfügig Beschäftigten weiblich.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Rentendebatte fordert die IG BAU, die Situation der Frauen stärker in den Blick zu nehmen. „Gerade in der Gebäudereinigung, im Gartenbau und in der Floristik bekommen sie kaum Vollzeitstellen, sondern Teilzeit- oder Mini-Jobs. Die Folge ist, dass Frauen trotz jahrzehntelanger Arbeit im Alter zum Sozialamt gehen müssen“, so Gewerkschafter Bierkant. Zudem fehlten Frauen wegen Erwerbsunterbrechungen häufig mehrere Jahre an Rentenbeiträgen. Und auch nach einer Scheidung stünden viele Frauen mit leeren Händen – aber oft mit dem alleinigen Sorgerecht – da.

„Die Folge davon ist eine weiter zunehmende Altersarmut bei Frauen“, ist Friedhelm Bierkant sicher. Unternehmen und Politik müssten deshalb gleichermaßen gegensteuern. „Statt Frauen nur für wenige Wochenstunden einzustellen, sollten Firmen vollwertige Jobs schaffen – für Frauen und Männer“. Weniger zu arbeiten, müsse eine individuelle Entscheidung sein und kein Zwang. Für Reinigungskräfte sei Vollzeit mittlerweile fast eine Seltenheit, obwohl sich das viele Beschäftigte wünschten.

Eine zentrale Voraussetzung für höhere Renten sei natürlich die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern, so der Gewerkschafter. Mittlerweile habe die Politik die Bedeutung von „Equal Pay“ erkannt und ein Lohngerechtigkeitsgesetz auf den Weg gebracht. Bierkant spricht von einem „Schritt in die richtige Richtung“, kritisiert jedoch, dass Beschäftigte erst in Betrieben ab 200 Mitarbeitern einen Auskunftsanspruch über die Bezahlung der Belegschaft haben. Damit greife das geplante Gesetz nur in Teilen des Handwerks und der Reinigungsbranche.

Eine entscheidende Maßnahme wäre es, so die IG BAU, Phasen der Erwerbslosigkeit in der gesetzlichen Rentenversicherung aufzuwerten. Friedhelm Bierkant: „Zeiten der Schwangerschaft und Erziehung müssen endlich anerkannt werden – zum Beispiel durch Extra-Rentenpunkte“.



Pressespiegel

Ausgabe: 07.11.2016



LOKALNACHRICHTEN

04.11.2016 06:30

Frauen im Kreis Wesel sind am meisten von Altersarmut bedroht.



- Foto: IG Bau

Frauen im Kreis Wesel sind am meisten von Altersarmut bedroht. Laut IG Bau am Niederrhein waren im vergangenen Jahr etwa 70% der "atypischen Beschäftigungen" durch Frauen besetzt. Also Mini-Jobs, Teilzeitarbeit oder Leiharbeit - alles was zu niedrigen Rentenansprüchen führt. In Zahlen sind das laut einer Studie allein bei uns über 61Tausend. Fast dreiviertel mal mehr, als noch vor zehn Jahren.

Radio KW 04.11.2016

Kreis Kleve

Vor allem Frauen von Altersarmut bedroht

Im Kreis Kleve sind nach Meinung der IG Bau Duisburg-Niederrhein in erster Linie Frauen von Altersarmut bedroht. Ende letzten Jahres seien laut einer Untersuchung der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung kreisweit 44.700 Frauen in Teil- und Leiharbeit beschäftigt gewesen oder hätten einen Mini-Job gehabt. Diese schlecht bezahlten Jobs führten zu niedrigen Rentenansprüchen, so die IG Bau. Dabei seien Zeiten für Schwangerschaft oder Kindererziehung noch nicht einmal berücksichtigt. Politik und Wirtschaft seien in der Verpflichtung hier gegenzusteuern.

Antenne Niederrhein 04.11.2016



Mehr Anreize für altersgerechten Wohnungsbau schaffen



Robert Felger, Bundesvorsitzender IG BAU (Foto: IG BAU Alexander Paul Englert)

03.11.2016

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert stärkere Anstrengungen der Politik für altersgerechtes Wohnen. Anlässlich des gestern (für die Red.: 2. November 2016) im Bundeskabinett behandelten Siebten Altenberichts sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Felger: „Menschen wollen in ihrem gewohnten Umfeld alt werden. Dort kennen sie sich aus. Dort haben sie Freunde und Familie in der Nähe.“

„Damit sie dies können, brauchen wir viele barrierearme Wohnungen, in denen älteren

Menschen eine lange selbständige Lebensführung möglich ist. Von diesen Wohnungen gibt es aber viel zu wenige und dort, wo altersgerechte Wohnungen gebaut werden, können sie sich Normal-Rentner meist nicht leisten. Es zeigt sich deutlich, dass die Politik in Bund, Ländern und Kommunen hier seit Jahren zu wenig tut. Die Angebote reichen nicht aus, um den Bedarf zu decken. So sind die KfW-Mittel für Investitionszuschüsse für 2016 bereits aufgebraucht. In der Folge müssen immer mehr Ältere ihre Wohnungen aufgeben und versuchen, auf dem Land eine geeignete und bezahlbare Bleibe zu finden.“

Die Altenberichtscommission hatte den Auftrag, Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Seniorenpolitik zu erarbeiten. Die IG BAU fordert seit Jahren eine weitsichtigere Planung bei der Wohnungsbaupolitik ein. Inzwischen hat die Bundesregierung die Notlage bei bezahlbarem Wohnraum in vielen Städten zwar erkannt, kommt aber in den entscheidenden Punkten kaum voran. Es fehlt insbesondere an Anreizen, ebenso an einer umfassenden Förderung.

Lokalkompass 04.11.2016